LIEBE LESERINNEN UND LESER,

In dieser Woche haben wir der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz vom 27.01.1945 gedacht. Der Tag steht symbolhaft für das Erinnern an die Millionen Menschen, die durch die Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten systematisch ermordet wurden. Mit Demut habe ich der Gastrede vom Historiker und Holocaust-Überlebenden Saul Friedländer zugehört. In seiner emotionalen Rede erinnerte er uns an die Wandlung Deutschlands seit 1945: „Dank seiner langjährigen Wandlung seit dem Krieg ist Deutschland eines der starken Bollwerke gegen die Gefahren geworden, die ich soeben erwähnt habe. Wir alle hoffen, dass Sie die moralische Standfestigkeit besitzen, weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum, für die wahre Demokratie zu kämpfen."

Diese Werte sind den sich politisch verändernden Zeiten der letzten Jahre zunehmend bedroht. Steigender Hass auf Menschen mit Migrationshintergrund, Mobs gegen politisch Andersdenkende, dazu ein sich immer unverhohlener zeigender Antisemitismus von der extremen Rechten und Teilen der extremen Linken. Friedländers Rede war beeindruckend und machte mir noch einmal deutlich, warum das Eintreten für die Menschenrechte, für eine gerechte Welt und einer Welt in der Hass keine Chance haben darf, so bedeutsam ist. Friedländers Rede endete mit einem Zitat von Hans von Dohnanyi, einem Schwager von Dietrich Bonhoeffer, der unter größter Gefahr jüdischen Menschen die Flucht aus Deutschland ermöglichte und letztlich 1945 von den Nazis ermordet wurde. Kurz vor seiner Hinrichtung antwortete er auf die Frage, was ihn zum Widerstand bewogen habe, den schlichten Satz: „Es war einfach der zwangsläufige Gang eines anständigen Menschen."

In diesem Sinne: Lasst und „anständig" sein und die Worten und Taten dieser Männer und Frauen nicht in Vergessenheit geraten.

Euer Michael Thews

Zusammen mit Michaela Engelmeier und Tamar Morali, der Miss Internet 2018, bei der Gedenkveranstaltung am 27. Januar

Die neue Synagoge in Berlin bei Nacht.

ZUKUNFT DER STEINKOHLEKRAFTWERKE

Mit großen Erwartungen aber auch Befürchtungen, wurde der Abschlussbericht der Kohlekommission veröffentlicht. Nach den jetzt vorliegenden Vorschlägen soll der endgültige Ausstieg aus der Kohleverstromung 2038 erfolgen und das gilt auch für die Steinkohleverstromung.
Die betroffenen Länder, neben Nordrhein-Westfalen sind das Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, sollen 40 Milliarden Euro als Hilfe für den Strukturwandel erhalten. Das ist die Grundlage für einen planbaren und vorausschauenden Ausstieg.

Wichtig ist nun, dass die Vorschläge in der kommenden Zeit in Regierungshandeln münden. Wichtig ist mir dabei: Für die Einhaltung der Klimaziele müssen alle an einem Strang ziehen und für Akzeptanz bei den Betroffenen werben. Gelingen kann das nur wenn die Ziele den Klimaschutzes, die Interessen der Beschäftigten, der Kommunen sowie der Wirtschaft zusammen gebracht werden.

Die Auswirkungen auf die Kohlekraftwerke bei mit im Wahlkreis mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auf die betroffenen Städte wird spürbar sein. Auch die Regionen mit Steinkohlekraftwerken müssen finanziell unterstützt werden um neue Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Zu diesem Thema haben wir als Ruhrgebietsabgeordnete bereits in letzten Jahr einen mahnenden Brief an den Ministerpräsidenten Armin Laschet geschrieben. Ich selbst habe das Thema in dieser Woche in verschiedenen Gremien auch gegenüber unserer Umweltministerin Svenja Schulze angesprochen. Es wird nun darauf ankommen, dass unsere Region Druck macht und klare Forderungen an die Landesregierung stellt.

ARBEITSPLÄTZE UND WIRTSCHAFTS-WACHSTUM WEITERHIN POSITIV

Am Mittwoch hat das Kabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2019 beschlossen. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bilanziert die zentralen wirtschaftspolitischen Entwicklungen des vergangenen Jahres und gibt einen Ausblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2019.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einem konjunkturellen Aufschwung. Im Jahr 2018 ist sie weiter gewachsen und setzt damit den Trend der vergangenen zehn Jahre seit Ende der Banken- und Finanzkrise im Jahr 2008 fort: um 1,5 Prozent nahm das Bruttoinlandsprodukt zu. Die gute gesamtwirtschaftliche Lage zeigt sich insbesondere am Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich ungehindert fort. Die Arbeitslosenquote hat mit 5,2 Prozent im Jahr 2018 den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Insgesamt waren 44,8 Millionen Menschen erwerbstätig. Den deutlichsten Zuwachs verzeichneten erneut die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die auf 32,9 Millionen anwuchsen. Insbesondere die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen konnte weiter abgebaut werden und erreichen ebenfalls einen sehr niedrigen Stand. Weil die Nettolöhne und -gehälter sowie die Renten weiter gestiegen sind und die Koalition die Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Abgaben entlastet, steigen die verfügbaren Einkommen deutlich an. Das hat, flankiert durch massive, von der SPD-Seite angestoßene Investitionen des Staates aus der letzten und laufenden Legislaturperiode vor allem in die Infrastruktur, positive Auswirkungen auf die Binnennachfrage, die eine wesentliche Stütze des konjunkturellen Aufschwunges ist. Darüber hinaus hat der Bund erneut keine neuen Schulden aufgenommen und konnte die gute Einnahmesituation für Zukunftsinvestitionen nutzen.

Für das Jahr 2019 wird erwartet, dass sich der Wachstumstrend fortsetzen wird. Allerdings werden die hohen Wachstumsraten der Jahre 2016 und 2017 voraussichtlich nicht erreicht. Da jedoch die Löhne und die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten weiter steigen und Familien durch aktuell beschlossene Maßnahmen weiter entlastet werden, sind die binnen-konjunkturellen Rahmenbedingungen weiterhin sehr gut. Durch die kontinuierlichen Investitionen der Bundesregierung in Infrastrukturen, Kinderbetreuungsangebote, Pflege und die Digitalisierung, bleibt die Binnennachfrage auch 2019 stabil. Insgesamt ist es begrüßenswert – aber auch überfällig – dass sich die Bundesregierung eine industriepolitische Gesamtstrategie geben will, um die wichtigsten Schlüsselbranchen, die für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft entscheidend sind, zu identifizieren.

STROMNETZE FÜR DIE ENERGIEWENDE

Am Donnerstag hat der Bundestag in erster Lesung das Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus (Netzausbaubeschleunigungsgesetz) beraten, mit dem die Infrastruktur für ein Gelingen der Energiewende gestärkt werden soll. Nur mit effizienten und modernen regionalen Verteil- und überregionalen Übertragungsnetzen lässt sich das Ziel der Koalition, 65 Prozent Anteil an erneuerbare Energien an der Stromerzeugung bis 2030, erreichen.

Die Stromleitungen in Deutschland müssen schneller ausgebaut werden als in der Vergangenheit, um die Ziele des Koalitionsvertrags umsetzen zu können.

FOTO: COLOURBOX

Das Gelingen der Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem optimalen Betrieb konventioneller Kraftwerke und dem internationalen Stromhandel hängt wesentlich von dem Zustand und den Kapazitäten der Stromleitungen ab. Insbesondere Hoch- und Höchstspannungsleitungen sind erforderlich, um den Strom von Windkraftparks im Norden zu den Verbrauchszentren im Süden zu leiten. Nur dann können wir die Ausbauziele bei den regenerativen Energien erreichen. Darum sollen die Verfahren für Planung und Genehmigung für den Neubau, die Optimierung und Verstärkung von Stromleitungen, insbesondere für den Transport von Nord- nach Süddeutschland, beschleunigt werden.

Es wird sichergestellt, dass die Öffentlichkeit weiterhin frühzeitig und umfassend beteiligt wird – während des gesamten Prozesses von der Netzentwicklungsplanung bis zur Planfeststellung. Inhaltliche Kriterien beim Stromleitungsausbau, die dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger, z. B. hinsichtlich magnetischer und elektrischer Felder, dienen, bleiben erhalten. Gleichzeitig werden entschädigungs-rechtliche Regelungen bundesweit vereinheitlicht, um vom Netzausbau betroffene Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer zu entschädigen.

GRÜNE WOCHE IN BERLIN

Die Internationale Grüne Woche fand nun schon zum 84. statt. Sie ist einzigartig als internationale Ausstellung für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau. Hier treffen sich über 80 internationale Ministerien und Nahrungsmittelproduzenten und zeigen mit ihren Gemeinschaftsschauen, was die faszinierende Welt der Nahrungs- und Genussmittel zu bieten hat. In diesem Jahr habe ich einen Rundgang mit meinen Bundestagskollegen Matthias Miersch und Carsten Träger gemacht. Einer der Schwerpunkte im diesem Jahr war die nachhaltige Produktion. Viele Aussteller konnten zeigen, dass man Plastikverpackung sinnvoll vermeiden kann, unter anderem durch Kennzeichnungen von Bioprodukten direkt auf dem Produkten oder das Verpacken im wiederverwendbaren Netz.

Es geht auch ohne Plastik

ABFALLVERMEIDUNG

Seit dem 01. Januar gilt das neue Verpackungsgesetz. Einfach gesagt geht es in diesem Gesetz darum, dass Verpackung besser recycelt werden können. Ebenso müssen ab sofort Einweg- und Mehrwegverpackungen von Getränken deutlich sichtbar gekennzeichnet sein. Das wird zukünftig dazu führen, dass Verpackungen generell weniger werden und wir so einen großen Beitrag zur Nachhaltigkeit erzielen. Das neue Verpackungsgesetz habe ich dazu in diesem Video vorgestellt. Schaut doch einmal rein. Am Ende gibt es dazu ein kleines Gewinnspiel. Was ihr gewinnen könnt erfahrt ihr dort.

Am Freitag habe ich die Bedeutung des neuen Verpackungsgesetzes für die globale Herausforderung der Müllvermeidung weltweit in einer Rede im Bundestag herausgestellt. Diese könnt ihr hier anschauen.

Während meiner Rede im Bundestag

MEHR BAFÖG

Das Kabinett hat heute die BAföG-Reform auf den Weg gebracht. Damit soll endlich die Trendwende erreicht werden, die für viele junge Menschen dringend benötigt wird. Wer studieren will, dem soll es auch möglich sein. Ab dem Wintersemester 2019 erhalten wieder mehr Studierende Anspruch auf BAföG durch höhere Freigrenzen beim Einkommen der Eltern.

Dazu werden die Förderbeträge erhöht. Für Wohnkosten gibt es deutlich mehr Geld. Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Das haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Das hat die Regierung jetzt auf den Weg gebracht.

MINDESTAUSBILDUNGSVERGÜTUNG

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Und sie haben eine ordentliche Bezahlung verdient. Deshalb haben wir die Mindestausbildungsvergütung in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Der vorgelegte Gesetzentwurf der CDU-Bildungsministerin Karliczek ist unzureichend.

Wer die Berufsausbildung stärken will, darf die Auszubildenden nicht schlechter behandeln als Schülerinnen und Schüler. Wir erwarten, dass sie ihren Entwurf korrigiert. Die Mindestausbildungsvergütung muss an der Tarifentwicklung anknüpfen und damit daran, was Betriebe ihre Auszubildenden tatsächlich zahlen. Nur so wird die Mindestvergütung dazu führen, dass die Azubis auch tatsächlich mehr Geld in der Tasche haben.

INFORMATIONEN ÜBER SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE

Auch bei einem weiteren wichtigen Thema hat es in der Bundesregierung einen Kompromiss gegeben. Der nun vorliegende Gesetzentwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch“, welches auch eine Änderung des § 219a Strafgesetzbuch enthält erfüllt die beiden Anforderungen, die wir an eine Neuregelung gestellt haben:

1. Dass Frauen sich in der persönlichen Notlage einer ungewollten Schwangerschaft darüber informieren können, wo sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können.

FOTO: COLOURBOX

2. Dass es Ärztinnen und Ärzten straffrei möglich ist, objektiv darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Außerdem können Ärztinnen und Ärzte weitere Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch durch Hinweis, insbesondere eine Verlinkung in ihrem Internetauftritt, auf Informationsangebote neutraler Stellen wie einer Ärztekammer zugänglich machen.

Darüber hinaus enthält das Verhandlungsergebnis noch weitere Verbesserungen beim Zugang zu Verhütungsmitteln und der Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten. Ich freue mich sehr, dass wir in dieser für beide Seiten der Koalition wirklich schwierigen Frage einen Kompromiss gefunden haben, der die beiden Kernprobleme der bisherigen Regelung angeht.

TAG DER OFFENEN TÜR BEI DER SELMER SPD

In der letzten Woche hat die Selmer SPD ihre neue Geschäftsstelle an der Kreisstraße eröffnet. Die Geschäftsstelle soll Anlaufstelle für alle Selmer Bürger sein. Meine Bürgersprechstunden werden zukünftig ebenfalls bei der SPD Selm stattfinden.

Zur Begrüssung gab es eine tolle SPD-Torte.

FUNKTIONÄRINNENKONFERENZ

Wie geht es weiter mit der Arbeit im digitalen Zeitalter? Wie garantieren wir Aufstiegschancen für jede und jeden? Und was heißt es, für die solidarische Gesellschaft der Zukunft zu streiten? Bei der FunktionärInnenkonferenz in Essen haben wir wichtige Zukunftsfragen der NRWSPD diskutiert, uns über Best Practice-Beispiele ausgetauscht und die Europa- und Kommunalwahl weiter vorbereitet.

Tolle Gespräche bei der FunktionärInnenkonferenz der NRWSPD.

NEUJAHRSEMPFÄNGE IN HAMM-HERRINGEN UND PELKUM

Ich habe mich gefreut, dass ich die Neujahrsempfänge in den Hammer Stadtteilen Pelkum und Herringen besuchen durfte. Beide Stadtteile sind vom Bergbau geprägt. Deshalb war eines der Themen das Ende die Schließung der letzten Steinkohlenzeche. Herringen und Pelkum haben eine erfreuliche Entwicklung in den letzten Jahren genommen und ich werde mich weiter für sie einsetzen.

NEUJAHRSBRUNCH IN HAMM-MITTE

In der Friedensschule ehrte der Ortsverein Hamm-Mitte langjährige Mitglieder. Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurde Karten Horn ausgezeichnet, Magali Mellet-Schroer für Jahre und Rainer Schroer für 50 Jahre in unserer Partei.

Zusammen mit Karten Horn, Magali Mellet-Schroer und Rainer Schroer